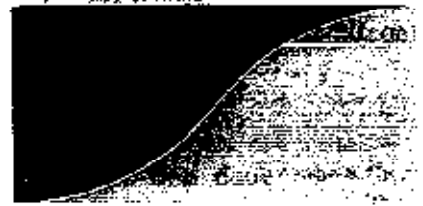


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 95 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 183

22. September 1978

Heinz Kreutzmann MdB,
Obmann für Innerdeut-
sches der SPD-Fraktion,
wirft der Opposition
eine gefährliche deutsch-
landpolitische Kampagne
vor.

Seite 1/2

Volkmars Gabert MdL, Mit-
glied des SPD-Vorstan-
des, regt eine gemeinsa-
me Medienpolitik der
europäischen Sozialde-
mokraten an.

Seite 3/4

Lenelotte von Bothmer
MdB, Afrikaexpertin
der SPD-Fraktion, nennt
Vorsters Wahl-Vorschlag
für Namibia eine Farce.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Deutschlandpolitik der papierernen Resolutionen

Die Union will markige Sprüche, statt wirklicher Hilfe für
die betroffenen Menschen

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für inner-
deutsche Beziehungen

Mit einem abgestuften Maßnahmen-Programm gegen die DDR
trat die Union in der Sommerpause hervor, um sich als en-
gagierter Wähler der Interessen der Bundesrepublik zu pro-
filieren. Es vergeht keine Tagung der Union in Berlin, kei-
ne Sitzung des Innerdeutschen Ausschusses, bei der die
Union nicht den Versuch unternimmt, eine Warnung an Ostber-
lin zu erteilen oder eine härtere Gangart in der Deutsch-
landpolitik zu fordern. Nun hat es sicherlich immer wieder
von Seiten der DDR eine Politik der kleinen Nadelstiche ge-
geben, die hart an die Grenze der Verletzung der geschlos-
senen Verträge ging und sie auch teilweise überschritten
hat.

Journalistendrangsalierereien, Zurückweisungen, Kontrollen
auf Transitwegen, sind sicherlich nicht geeignet, die
deutsch-deutschen Beziehungen als voll zufriedenstellend
erscheinen zu lassen. Die Bundesregierung hat in keinem
dieser Fälle geschwiegen, sondern über die Ständige Vertre-
tung, die wir ja in Zeiten der CDU-Regierungen nicht hal-
ten, nachhaltig protestiert und keinen Zweifel daran ge-
lassen, daß diese Maßnahmen die gegenseitigen Beziehungen
belasten. Wer aber deshalb, wie es Herr Kohl in Berlin tat,
von einem Tiefstand der Beziehungen der Bundesrepublik zur
DDR redet, hat einfach kein Gefühl für Proportionen.

In einem Jahr, in dem die Zahl der Reisen aus der Bundesre-
publik in die DDR um 7,2 Prozent stiegen, die Zahl der Be-
suche im grenznahen Bereich sich um 10,9 Prozent steigerte
und die Zahl der Besucher unter 60 Jahren aus der DDR in

die Bundesrepublik um 5,5 Prozent gesteigert wurden, kann man doch nur, wenn es einem um Demagogie und Landtagswahleffekte um jeden Preis geht, von einem Tiefstand reden. Das gilt selbst dann, wenn trotz der Steigerung der Reiseerlaubnis für DDR-Bürger unter 60 Jahren, diese Zahl noch immer sehr niedrig liegt.

Mit Abschreckungsprogrammen, wie sie die Union vorschlägt, mit dem dauernden Gezeter, wir zahlen an die DDR für nichts, das ja, wie die Zahlen ausweisen, einfach unwahr ist, werden wir jedenfalls keine Verbesserung der Beziehungen erreichen können. Der Union geht es eben, wie ihre vielfältigen Entschlüsse zeigen, nur um Effekte auf den Marktplätzen oder um eine Denunziation der Regierung als willfährig und nachgiebig gegenüber der DDR!

Dabei stört es sie wenig, daß sie, als sie an der Verantwortung war, ganz anders dachte und handelte. So heißt es in einem Bericht der FAZ vom 17. August 1961 nach der Errichtung der Mauer in Berlin: "Bundesminister Strauß mahnte ebenfalls zu äußerster Zurückhaltung. Er wandte sich ebenso wie Lemmer gegen eine Kündigung des Abkommens über den Interzonenhandel, die schwerwiegende Folgen haben könnte. Wer Gegenmaßnahmen drastischer Art ohne Begrenzung verlangt, muß auch sagen, ob er den Krieg will oder nicht. Man solle nicht in einen Heidenfimmel verfallen oder mit Pflastersteinen gegen Panzer in die großdeutsche Zukunft marschieren wollen."

So Strauß 1961. Heute will die Union zwar nicht mit Pflastersteinen gegen Panzer marschieren. Sie will aber mit Sanktionen und öffentlichen Anklagen im Ausland die DDR unter Druck setzen. Was ihr dabei anscheinend ziemlich wenig Gedanken verursacht, ist, daß sie mit diesen Maßnahmen den Machthabern am wenigsten schaden kann. Die Hauptlast solcher Attacken würden ja nicht die Funktionäre, sondern die Bürger der DDR tragen. Ihnen würdeman den Brotkorb dann wieder höher hängen. Bundesbürger würden darunter zu leiden haben, wenn die DDR dann wieder verschärfte Kontrollen oder Reisebeschränkungen einführen wird.

Denn darüber dürfte sich auch die Union keine Illusionen machen: Ob es uns paßt oder nicht, das Regime dort drüben wird, wenn es sich in seiner Existenz bedroht fühlt, die Maßnahmen ergreifen, die es zu seiner Sicherung für notwendig hält. Wir können dann gegen Vertragsverletzungen protestieren und die DDR anklagen. Haben wir damit aber den Menschen geholfen, die darunter zu leiden haben? Ist es nicht besser, dafür zu sorgen, daß es gar nicht dazu kommt? (-/22.9.1978/va-he/ben)

Die Gefahr der Manipulation abwenden

Europäische sozialdemokratische Medienpolitik - ein Gebot der Stunde

Von Volkmar Gabert MdL

Vorsitzender der Georg-von-Vollmar-Akademie und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Georg-von-Vollmar-Akademie hat gemeinsam mit dem Dr.-Karl-Renner-Institut in der Zeit vom 10. bis 15. September 1978 ein medienpolitisches Gespräch in Wildhaus in der Schweiz durchgeführt. An diesem Gespräch nahmen verantwortliche Politiker und Medienfachleute aus der Sozialistischen Partei Österreichs, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der Partei der Arbeit der Niederlande, der schwedischen Sozialdemokraten, der spanischen Sozialisten, der italienischen Sozialisten und der Luxemburger Sozialdemokraten teil.

In gründlichen Diskussionen wurden Berichte über die Situation bei Funk und Fernsehen, aber auch beim gedruckten Medium Zeitung aus den einzelnen Ländern behandelt. Fachreferate gaben Einblick in die kommende technische Entwicklung und politische Referate begründeten die Notwendigkeit für eine europäische, sozialdemokratische Medienpolitik. Dabei war eine gemeinsame Grundforderung, die Versorgung mit Medien als Grundbedürfnis unserer Gesellschaft als sozialdemokratische Zielsetzung zu sehen. Sozialdemokraten müssen überall die Voraussetzung dafür schaffen, daß Informationsdefizite abgebaut werden und daß Themen, die in der Gesellschaft kontrovers sind, auch von Rundfunk und Fernsehen behandelt werden, denn nur dadurch kann der Bürger informiert und entscheidungsfähig gemacht werden. Auch gesellschaftliche Minderheiten müssen ein Recht auf Darstellung ihrer Probleme in den Medien haben.

Die verschiedenartige Situation in den beteiligten Ländern, auch in der Trägerschaft, wurde dargestellt. Dabei wurde die öffentlich-rechtliche Trägerschaft von Funk und Fernsehen als beste Form in den Vordergrund gestellt. Allerdings ist es notwendig, darüber zu beraten, ob in anderen Formen, wie z.B. in den Niederlanden, die Grundprinzipien sozialdemokratischer Medienpolitik auch erfüllt werden können. Entscheidend ist, daß die Meinungsvielfalt erhalten wird und das Ansprechen aller Probleme der Gesellschaft garantiert ist. Eine Einengung des gesellschaftlichen Spektrums darf nicht erfolgen. Auch für die weitere elektronische Entwicklung, wie z.B. beim Kabelfernsehen, wird die öffentlich-rechtliche Trägerschaft im Vorrang gesehen. Die europäischen sozialdemokratischen Parteien müssen sich schon heute ernsthaft Gedanken über die rechtlichen Formen machen, die als Basis für die künftigen elektronischen Entwicklungen geschaffen werden müssen. Das Kontrollsystem bei den Rundfunk- und Fernsehanstalten muß funktionsfähig sein.

Alle Organisationen der europäischen Arbeiterbewegung müssen der Medienentwicklung größere Aufmerksamkeit widmen. In den Parteien, aber auch in der Bevölkerung, muß ein Medienbewußtsein geschaffen werden. In den Gesprächen zeigte sich, daß nicht nur die Informationsteile der Sendungen politische Bedeutung haben, sondern daß auch die Unterhaltungssendungen in den Medien in die politischen Betrachtungen der sozialdemokratischen Parteien einbezogen werden müssen. Solche Sendungen können oft stärker beeinflussen als Informationssendungen und die Gefahr der Manipulation kann größer sein.

Die neuesten technischen Möglichkeiten des Satellitenfernsehens und des Kabelfernsehens verlangen immer zwingender eine europäische sozialdemokratische medienpolitische Konzeption. Gerade das Satellitenfernsehen wird dazu zwingen. Dabei dürfen sich die Sozialdemokraten in Europa nicht von Technik und Wirtschaft in politische

Entscheidungen hineinmanipulieren lassen. Bei der Entwicklung des Satellitenfernsehens ist die Frage der Programmgestaltung und der Kontrolle bereits ein europäisches Problem.

Die Bedeutung des gedruckten Mediums wurde allgemein unterstrichen, wobei eine realistische Untersuchung der Lage der reinen Parteizeitungen in den beteiligten Ländern vorgetragen wurde. Es zeigte sich, daß die Konzentrationsprozesse bei Verlagen und Zeitungen in weiten Gebieten Europas zu reinen Monopolinformationen geführt haben. Neue Überlegungen, auch über öffentlich-rechtliche Trägerschaft für Zeitungen zum Ausgleich oder zur Schaffung von Informationsvielfalt, wurden ernsthaft angestellt. Formen von Parteizeitungen wurden diskutiert und die Notwendigkeit der erstklassigen redaktionellen Gestaltung und eines erstklassigen Managements unterstrichen. Nur dann haben Parteizeitungen eine Aussicht auf Fortbestand. Die Subventionierung von Zeitungen aus der öffentlichen Hand wurde skeptisch beurteilt, da solche Modelle problematisch sind, wenn bereits ein Kahlschlag in der Zeitungslandschaft Platz gegriffen hat. Die Notwendigkeit für eine öffentliche Journalistenausbildung wurde unterstrichen.

Auf die Vorstände der europäischen sozialdemokratischen Parteien soll eingewirkt werden, sich ernsthaft mit der Medienpolitik und den sich daraus ergebenden Konsequenzen zu beschäftigen. In den Medienkommissionen der europäischen sozialdemokratischen Parteien sollen verantwortliche Parteivorstandsmitglieder mitarbeiten. Die Teilnehmer hielten es für dringend geboten, daß eine europäische Arbeitsgruppe zwischen den Parteien geschaffen wird. Gerade Sozialdemokraten dürfen technische Entwicklungen nicht fatalistisch über sich ergehen lassen. Die Georg-von-Vollmar-Akademie soll den Versuch machen, bei der Akademie ein Zentrum für eine solche Arbeitsgruppe zu schaffen. Dadurch soll die Kommunikation zwischen den europäischen sozialdemokratischen Parteien verbessert werden und die Medienkommissionen dieser Parteien sollen mit allen Publikationen sozialdemokratischer Fachleute in den europäischen Ländern vertraut gemacht werden.

An diesem Ergebnis der Tagung in Wildhaus soll nun realistisch und systematisch gearbeitet werden.
(-/22.9.1978/vo-he/ben)

+

+

+

Vorsters Vorschlag ist eine Farce

Zu den vorgezogenen Wahlen in Namibia

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Afrikaexpertin der SPD-Bundestagsfraktion

Zur Überraschung nicht nur der fünf Westmächte, deren Vertreter sich seit Monaten bemühen, die Lage in Namibia einer Lösung näher zu bringen, das heißt, die Möglichkeit für freie Wahlen zu schaffen, hat die südafrikanische Regierung plötzlich den Wahltermin festgelegt: Schon am 20. bis 24. November soll gewählt werden. Vorster erklärte dazu: Er könne nicht zulassen, daß "der tote Punkt unbegrenzte Zeit anhält".

Das heißt nichts anderes, als daß Vorster sich nicht mehr auf internationale Absprachen einlassen will, weil diese ihm die alleinige Verfügungsgewalt über Namibia nehmen würden. Er möchte Fakten schaffen: Die von Südafrika geförderten Gruppen haben längst Wahlwerbung betreiben können; die Präsenz südafrikanischer Militärs und südafrikanischer Polizei in Namibia bleibt in unverminderter Zahl, was sie ist, nämlich eine Bedrohung für die schwarzen Anhänger anderer Parteien; die Aufsicht der UNO bei der Wahl soll nach seinem Willen nicht gegeben sein.

Die Wahl soll also unter südafrikanischem Druck stattfinden. Dennoch sagte Vorster vorgestern in Pretoria, daß "die Bevölkerung Südwestafrikas nach ihren Wünschen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts ihre eigenen Vertreter wählen" solle. Eine Farce.

Vorster wird in wenigen Tagen zurücktreten, aber er bleibt sich bis zuletzt treu. Der vorgezogene Wahltermin ist vermutlich sein letzter Willkürakt. Es mutet angesichts seiner regierungslangen Unterdrückungsmethoden gegen drei Viertel der Bevölkerung seines Landes makaber an, wenn man liest, daß er in seiner Rücktrittserklärung sagte: Als ein frommer Mensch wolle er Gott in aller Demut für die Chancen und Möglichkeiten danken, die er ihm gegeben habe. Wenn er auf seine Amtszeit zurückblicke, so hoffe er, sagen zu können, daß es ihm weitgehend gelungen sei, die Völker Südafrikas zusammenzubringen, die meisten Menschen in Südafrika würden wohl zustimmen, daß dies der Fall sei.

Was den Wahltermin für Namibia angeht, so kann man im Interesse der schwarzen Bevölkerung nur hoffen, daß es den Bemühungen der fünf Westmächte und der UNO gelingt, einzugreifen.

(-/22.9.1978/vb-he/ben)